

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

13.09.2022

# Inhalt

## EWN

- 1 | **Bürgermeister des Amtes Lubmin fordern Öffnung von Nordstream 2**  
*Ostsee-Zeitung - Greifswalder Zeitung, 13.09.2022* ..... 3
- 2 | **ROUNDUP/Ministerium: Deutschland wird Schweizer Atom-Endlager nicht mitnutzen**  
*dpa-AFX Wirtschaftsnachrichten, 12.09.2022* ..... 5

📰 Ostsee-Zeitung - Greifswalder Zeitung | 13.09.2022 | S. 11

📄 Auflage: 10.470 | Reichweite: 31.339

👤 Cornelia Meerkatz

## ENERGIEKRISE

# Bürgermeister des Amtes Lubmin fordern Öffnung von Nordstream 2

**Die zehn Amtsinhaber üben heftige Kritik an der aktuellen Energiepolitik und haben sich in einem Brief an Ministerpräsidentin Schwesig und die Landtagsabgeordneten in MV gewandt.**

Nun auch die Bürgermeister des Amtsbereiches Lubmin, zu dem zehn Gemeinden gehören: Einstimmig haben angesichts der rasant wachsenden Inflation und der immer schlimmer werdenden Energiekrise alle zehn ehrenamtlichen Bürgermeister ein Schreiben an Mecklenburg-Vorpommerns Regierungschefin Manuela Schwesig (SPD) und alle Landtagsabgeordneten in MV gerichtet. Sie fordern von Schwesig & Co, sich aktiv dafür einzusetzen, dass der Krieg in der Ukraine, den sie auf das Schärfste verurteilen, schnellstmöglich beendet wird, dass Nordstream 2 geöffnet wird und dass es für alle Bürger Energiesicherheit gibt.

Unterzeichner sind Jens Kortmeyer, Joachim Pukowski, Karsten Schönfeldt, Klaus Buchheister, Holger Dinse, Axel Vogt, Detlef Sadewasser, Matthias Uecker, Bernd-Ulrich Knorr und Frithjof Zeuner - die Bürgermeister der Gemeinden Brünzow, Hanshagen, Katzow, Kemnitz, Kröslin, Lubmin, Loissin, Neu Boltenhagen, Rubenow und Wusterhusen.

### Sozialer Frieden darf nicht gefährdet werden

Aus Sicht der Bürgermeister des Amtsbereiches Lubmin ist es falsch, nur auf Sanktionen zu setzen, die sich, statt Russland zu schaden, gegen das eigene Volk und die eigene Wirtschaft richten. Aus ihrer Sicht sei ein diplomatischer Weg mit den Konfliktparteien unabdingbar, dieser müsse schnellstmöglich angestrebt werden, schreiben sie. „Sie alle sind gewählte Vertreter der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, die die Interessen dieser Bürgerinnen und Bürger vertreten sollen ... unabhängig davon, welcher Partei Sie gerade angehören“, heißt es in dem Brief.

Um die Energiesicherheit/Energieversorgung, insbesondere die Gasversorgung, kurzfristig und auf Dauer und in den benötigten Mengen gewährleisten zu

können wird von den Unterzeichnern empfohlen, die weitere Gasversorgung durch Nordstream 1 und die Neuaufnahme und zusätzliche Gasversorgung durch Nordstream 2 sicherzustellen.

Noch einmal direkt an Schwesig und alle Landtagsabgeordneten gerichtet, heißt es: „Sie müssen jetzt dafür Sorge tragen, dass das Leben in MV und in Deutschland für alle Bürgerinnen und Bürger lebenswert und bezahlbar bleibt und der soziale Frieden nicht gefährdet wird. Sie müssen jetzt dafür Sorge tragen, dass sich unsere Bundesregierung mehr für Friedensverhandlungen stark macht. Der Krieg muss beendet werden.“

SPD-Landtagsabgeordneter Falko Beitz (SPD), zu demselben Wahlkreis auch der Amtsbereich Lubmin gehört und der zugleich auch Bürgermeister der kleinen Haffgemeinde Stolpe auf Usedom ist, hat für den Brief der Bürgermeisterkollegen kein Verständnis. „Russland hat den Weg des völkerrechtswidrigen Krieges gewählt, obwohl Deutschland, obwohl Europa über Wochen diplomatisch alles getan haben, um diesen Krieg zu verhindern“, schreibt er.

Heute müsse festgestellt werden, „dass Russland aktuell kein verlässlicher Partner mehr ist und die hohen Energiepreise und der von Putin bestimmte Lieferstopp beim Erdgas Bestandteil des russischen Kalküls sind. Selbst wenn wir Nord Stream 2 morgen öffnen würden, würde Moskau kein Erdgas schicken“, ist Falko Beitz überzeugt. „Es ist unverantwortlich, bei diesem Thema mit der Angst der Menschen zu spielen und der russischen Propaganda das Wort zu reden“, argumentiert er. Die Regierungskoalition in Schwerin arbeite ebenso wie die Ampel-Koalition in Berlin mit Hochdruck daran, „die Versorgungssicherheit für diesen Winter sicherzustellen, etwa durch LNG-Terminals in Lubmin und durch einen Energiepreisdeckel, um

Energie für Haushalte und Wirtschaft bezahlbar zu halten.“

Allerdings sind nach wie vor viele Menschen in MV nicht davon überzeugt, dass dies gelingt und dass tatsächlich alles für eine Versorgungssicherheit im Winter getan wird. Nachdem im Juli bereits Bürgermeister von der Insel Rügen ihren Unmut in einem Brief an die Landesregierung kundgetan haben, setzten in der zweiten Julihälfte Bürgermeister des Amtes Usedom Süd, zu dem auch Stolpe gehört, während einer Dienstberatung ein öffentliches politisches Zeichen und forderten Friedensverhandlungen. Die Gemeinde Stolpe mit Bürgermeister Falko Beitz war auf dieser Beratung nicht vertreten. Zuvor hatte sich bereits die Gemeindevertretung von Koserow einstimmig gegen die aktuelle Außen-, Rüstungs- und Energiepolitik der Bundesregierung ausgesprochen.

Aktuell gibt es auch in der Wolgaster Stadtvertretung Überlegungen, sich angesichts immer weiter steigender Energiepreise und der Verschlechterung des gesellschaftlichen Klimas öffentlich an die Politiker und

Landtagsabgeordneten in Schwerin zu wenden. Dem Wolgaster Stadtvertreter Harald Heß von der Fraktion Kompetenz für Wolgast dauerte da alles zu lange. Er forderte, statt dessen die Menschen wie zur politischen Wende 1989 zu mobilisieren und auf die Straße zu gehen.

### **Erneute Demo geplant**

Dass zunehmend mehr Menschen für solche Forderungen offen sind, zeigte eine am 4. September in Lubmin von den Kreisverbänden Vorpommern-Greifswald der AfD, der Partei DieBasis und der Gruppe „Montagsdemos in MV“ organisierte Kundgebung. Gut 1800 Teilnehmer waren vor Ort. Eine weitere Demo in Lubmin soll am 25. September stattfinden.

### **Zitat-Text:**

**”Es ist unverantwortlich, bei diesem Thema mit der Angst der Menschen zu spielen und der russischen Propaganda das Wort zu reden.” - Falko Beitz (SPD), Landtagsabgeordneter**

## **ROUNDUP/Ministerium: Deutschland wird Schweizer Atom-Endlager nicht mitnutzen**

**BERLIN** (dpa-AFX) - In Deutschland ist nach Angaben des Bundesumweltministeriums nicht vorgesehen, das geplante Atommüll-Endlager in der Schweiz auch für deutsche Abfälle dieser Art zu nutzen. Das erklärte am Montag ein Ministeriumssprecher auf Nachfrage eines Journalisten. "Deutschland hat sich entschieden, für seinen Atommüll ein eigenes Endlager zu konstruieren und nicht mit europäischen Partnern gemeinsam. Wir sind für unseren Müll verantwortlich", stellte der Sprecher klar. Das in der Schweiz geplante Endlager am Standort Nördlich Lägern unweit der deutschen Grenze gehe nicht auf deutsches Territorium über, hieß es weiter. Lediglich die Oberflächenbauten reichten bis auf zwei Kilometer an die deutsche Grenze heran.

Deutschland werde die Schweizer Entscheidung für das Endlager nahe der deutschen Grenze nun sehr genau "auf Plausibilität" prüfen, erklärte der Ministeriumssprecher weiter. Das sei die Arbeit einer Expertengruppe, in der sowohl Schweizer als auch deutsche Experten vertreten sind. Die deutschen Gemeinden hatten zuvor mit Skepsis auf den Standort Nördlich Lägern reagiert, da er 2015 zunächst als zweite Wahl zurückgestellt worden war.

In dem Schweizer Lager sollen die radioaktiven Abfälle aus Atomkraftwerken, Industrie und Forschung in Hunderten Metern Tiefe eingebettet werden. Über die Bewilligung sei noch nicht entschieden, hieß es von Seiten der Schweizer Behörden. Die Bauten für das Endlager könnten frühestens im Jahr 2031 beginnen.

Der Sprecher des Umweltministeriums betonte, dass Deutschland seit "vielen, vielen Jahren mit der Schweiz in engem Austausch bei deren Endlagersuche" sei. Die Schweiz habe sich "klar dafür ausgesprochen", die Entscheidung für das Endlager "wissenschaftlich basiert, partizipativ und auf Grund geologischer Kriterien anzugehen". Das sei auch geschehen. Wie lange die genannte Plausibilitätsprüfung nun dauern werde, könne noch nicht gesagt werden, hieß es weiter.

Wegen der umstrittenen Grenznahe will das Umweltministerium nach eigenen Angaben zusammen mit dem Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) am 22. September im baden-württembergischen Waldshut eine Informationsveranstaltung für die Bevölkerung organisieren.